

HEIKO HILKER

## Für eine Verbesserung der politischen Informations- und Kommunikationskultur

*»Wenn ein Bergsteiger den Mount Everest bezwingen will, wird er vorher zur Übung ein paar kleinere Hügel testen, das ist logisch und sieht jeder ein. Wenn plötzlich, da es keinen anderen Ausweg mehr gibt, eine Staatskanzlei besetzt werden muß, dann übt man das ebenfalls vorher, beispielsweise am Büro eines etwas dümmlich dreinblickenden Oberbürgermeisters (»Haben Sie überhaupt einen Termin?«). Das ist genauso logisch und ... Was? Nicht logisch? Wer sagt das? – Ach, die Politiker. Aber was wissen die denn schon ... Was wissen Politiker über die Gefühle von bei minus 20 Grad auf einer Mahnwache ausharrenden Schülern oder über die Lebensansichten eines seinen Mercedes kostenlos zur Verfügung stellenden Taxifahrers? Was ahnen sie von den Beweggründen einiger Studenten, während der Hauptvorlesungszeit durch die Hörsäle zu ziehen, um die Kommilitonen von der Bank weg zur DT64-Demo zu scheuchen, oder vom Trotz einiger Rentnerinnen, die die Musik zwar nicht so toll finden, aber, »da im Osten ja schließlich nicht alles plattgemacht werden kann«, ihre Unterschrift auf die Liste setzen? Nichts! Nichts wußten und wissen Politiker darüber, warum unzählige Menschen plötzlich, nur wegen eines Radioprogramms, sich noch einmal ihrer 89er Tugenden bewußt wurden und für kurze Zeit aus ihrer Lethargie erwachten. Allein schon deshalb ist es angebracht, den Versuch eines Rückblickes aus Hörersicht zu wagen und zu beschreiben, wie aus dem Jugendradio eine »Jugendbewegung« entstand. Und wenn jemand nach der Lektüre der folgenden Seiten immer noch glaubt, daß man, nur auf die Überzeugungskraft des sachlichen Arguments hoffend, in der hiesigen Demokratie etwas erreichen kann, dann hat derjenige entweder noch nie mit Politikern zu tun gehabt, oder er ist selbst – Politiker. Für die allerdings ist dieser Versuch wider die Resignation auch nicht unbedingt gedacht.«<sup>1</sup>*

Heiko Hilker – Jg. 1966,  
für die PDS seit 1994  
Abgeordneter des Säch-  
sischen Landtags, 04/2004  
– 09/2004 Vorsitzender des  
Ausschusses für Wissen-  
schaft und Hochschule,  
Kultur und Medien des  
Landtages, seit 1997  
Mitglied des MDR-Rund-  
funkrates.

1 Andreas Ulrich, Jörg  
Wagner (Hrsg.): DT64 – Das  
Buch zum Jugendradio  
1964 – 1993, S. 166 f.

So schrieben wir, Thomas Müller, Pit Plicka und ich damals vor nunmehr 14 Jahren. Nachzulesen im Buch »DT64 – Das Buch zum Jugendradio«, herausgegeben von Andreas Ulrich und Jörg Wagner, erschienen im Thom-Verlag.

Mit DT64 begann mein Einstieg in die bundesdeutsche Politik. Ich wollte etwas erhalten, einen Sender, der mir viel gab in der Wendezeit. Halt, Orientierung. Und mir ging es nicht als Einzigem so. Eine Millionen Menschen, Jüngere und Ältere, Ostdeutsche und Westdeutsche hörten das Programm. Doch plötzlich wurde ich, damals 25 Jahre alt, als Ewiggestriger bezeichnet. Plötzlich wurde mir vor-

geworfen, dass ich die DDR innerhalb Deutschlands aufrechterhalten wollte.

Wir sammelten Unterschriften, über 300 000. Wir organisierten Diskussionsrunden, mit bis zu 500 Teilnehmern. Wir sprachen mit den Landespolitikern. Wir sprachen mit Bundespolitikern. Wir sprachen auf Pressekonferenzen in Bonn und in Berlin. Prominente Politiker wie auch Künstler unterstützten unseren Aufruf zum Erhalt von DT64. Wir organisierten Demonstrationen, mit 10 000 Teilnehmern – die größten im Jahre 1991. Wir standen bei Mahnwachen, einmal über 6 Wochen, Tag und Nacht, bis zum Neujahrstag.

Ja – wir machten einen Crash-Kurs in der bundesdeutschen Politik. Wir erlebten die bundesdeutsche Politik, merkten, dass wir im Polit-Spiel benutzt wurden, dass wir nicht viel zählten, dass es vielen Politikern nur um die Nachricht ging, in der möglichst sie vorkamen. Das war 1991. Damals gab es noch kein Internet. Damals gab es nicht so viele Radiosender und Radioprogramme wie heute.

Danach engagierte ich mich in der Jugendarbeit. Ich baute mit anderen zusammen ein Jugendmedienzentrum auf. Mit wenig Geld und viel Enthusiasmus. Wir machten Medienarbeit im Schul- und Freizeitbereich, boten Kurse für Radio, Foto, Zeitung, Video und auch Internet an. 15 Stellen hatten wir, unsere Angebote waren gefragt. Doch dann begannen die Kürzungsrunden. Aus den 15 Stellen wurden immer weniger. Als es 1997 nur noch drei waren, stellten wir die Arbeit ein. Der Sinn, der Ansatz unserer Arbeit wurde nie infrage gestellt. Doch wir sollten verstehen: das Geld wurde knapper und so seien Kürzungen unumgänglich. Nun, 10 Jahre später, wird Medienarbeit wieder gefordert und gefördert.

1994 wurde ich von der PDS gefragt, ob ich als Parteiloser für den Landtag kandidieren würde. Ich sagte nicht nein. Eine Fünf-Jahres-ABM mit hohem Sachkostenzuschuss, kostenlosem Büro sowie Mitarbeiterin und der Pflicht der Regierung, mir antworten zu müssen, konnte ich nicht ablehnen. Ich wollte zeigen, dass eine andere Politik möglich ist. Ich hatte das Ziel, Außerparlamentarisches, ja, das Leben ins Parlament zu tragen. Und musste schnell feststellen, dass dies nicht einfach ist und schon an Formfragen wie der Haarfarbe scheitern kann.

Und nun könnte ich erzählen, dass ich glaubte, nur die Parlamentarische Debatte wäre eine Inszenierung und dass ich annahm, in den Ausschüssen wäre Sacharbeit möglich, dass ich annahm, im direkten Gespräch würde das bessere Argument zählen, was ich alles im Hintergrund versuchte, um Sinnvolles umzusetzen, was abgelehnt wurde und dann nur ein, zwei, drei Jahre später doch umgesetzt wurde.

Es wäre eine Geschichte des Beginnens, Entwickelns, Scheiterns und späteren Rechtsbekommens – immer wieder.

Ein Problem Deutschlands sind die politischen Akteure. Sie denken zu klein, zu kleinlich, nicht in Zusammenhängen, sondern fast ausschließlich auf ihr Bild in den Medien fixiert. Fast jeder will seinen Erfolg und nimmt dafür auch den Misserfolg anderer in Kauf. Es geht ja um die Wiederwahl.

Ein Problem Deutschlands ist, wie ein großer Teil der Medien agiert. Sie suchen die schnelle Nachricht, sie suchen den Wider-

spruch, die Konfrontation. »Die Menschenwürde ist unantastbar«, so steht es im Grundgesetz. Doch in der öffentlichen Kommunikation wird sie tagtäglich angetastet. Man lese nur die BILD-Zeitung. Man höre nur auf die Worte der Politiker über politische Konkurrenten.

Ein Problem Deutschlands sind die Lobbyisten, die sich in Politik und Verwaltung festgesetzt haben und ihre eigenen Interessen oder die der Unternehmen verfolgen. Hinzu kommt, dass die Gesellschaft einen bestimmten Politiker-Typus befördert und sich durch die gesellschaftliche Entwicklung zudem neue Ansprüche an Politik und Politiker entwickelt haben. Schnelle Lösungen sind gefragt.

### *Politik-verdrossen oder Politiker-verdrossen*

Schon 1994 gab es nach einer Shell-Jugendstudie die Diskussion, ob die Jugend politikverdrossen ist. Damals sagte ich, dass Jugendliche Politiker-verdrossen und nicht Politik-verdrossen seien. Dies wurde damals durch das Engagement in einzelnen Politikfragen, in Single-Point-Bewegungen belegt.

Ich kenne viele junge Menschen, die haben sich einmal oder mehrmals engagiert und wurden in ihrem Engagement von Politikern »verschaukelt«. Zugesagte Hilfen wurden nicht gegeben, Informationen waren falsch, das Engagement wurde bewusst in eine falsche Richtung gelenkt (Schulschließung z. B.) Viele Politiker können erklären, warum etwas nicht geht, warum sie nicht handeln können. Dies ist übrigens einer der Gründe, warum die NPD in Sachsen so stark wurde. Denn während die einen redeten und nichts taten, handelten und halfen die anderen ...

Es ist nicht allein die Kommunikations- bzw. Informationskultur, sondern die politische Praxis, die den Ruf der Politiker bestimmt. Es ist die politische Praxis der Politiker, die demotiviert, aber auch motivieren könnte. Doch die Politiker agieren nicht im luftleeren Raum. Sie agieren unter dem »Druck« der Medien. Sie stehen unter dem Einfluss von Lobbyisten. Sie leben in einer Gesellschaft, in der Effektivität und Schnelligkeit in allen Bereichen immer mehr das Maß der Dinge sind.

### *Die politischen Akteure*

Zu Beginn ihrer »Karriere« haben viele Politiker Ziele. Um diese umzusetzen, so glauben sie, müssten sie an die Macht kommen und an der Macht bleiben. Doch sehr schnell geht es dann nur noch um die Machtfrage und nicht darum, die Welt zu verändern oder gar zu verbessern, weil der Machtkampf so viele Kräfte bindet. Die meisten Politiker wollen ihren Machtbereich halten, erweitern. Da kann man sich auch über »Schweinereien« freuen, wenn sie diesem Ziel dienen. Den Politikern geht es oftmals nicht darum, gemeinsam ein Ziel zu erreichen, denn dann müsste man einen Platz im Team übernehmen, der auch Wechselbank oder zweite Mannschaft (Kreistag statt Landtag oder Bundestag) heißen könnte. Es geht darum, Konkurrenten abzuwehren, auch um seinen Lebensstandard halten zu können. Zudem, so merke ich, nimmt die »Qualität des politischen Personals« immer mehr ab. Aus meiner Erfahrung in Sachsen sage ich: Es gibt immer mehr Politiker, die können nicht diskutieren, die kennen nicht einmal die Fakten, die argumentieren rein oberflächlich,

die können ihre Vorschläge nicht begründen, die erkennen Zusammenhänge und ablaufende Prozesse nicht.

Viele Politiker sagen, dass es kaum noch Gestaltungsspielräume gibt, dass man von der Globalisierung wie auch der Wirtschaft eingeschränkt wird. Dies macht für sie vieles einfacher. Sie müssen sich nicht auseinandersetzen: mit ihrer Politik, mit der Politik ihrer Partei. Sie müssen keine Konflikte austragen. Sie müssen sich nicht positionieren, für ihre Ideen kämpfen.

Politik ist für immer mehr Politiker keine Berufung, sondern ein Beruf, den sie allerdings mehr schlecht als recht erlernt haben. Dass dies so ist, hat mit der Struktur von Parteien zu tun. Unterstützt wird der, der wenig aneckt, der, der die Meinung der Mehrheit vertritt, der, der sich oft an der Basis sehen lässt. Für Wahlen aufgestellt wird man zumeist von einem Gremium, in dem die Funktionäre entscheidenden Einfluss haben, Funktionäre, die direkt oder indirekt von der Partei oder Fraktionen bezahlt werden.

Zudem: Die Politik stellt nicht die Wahrheits- oder Kulturfrage, sondern die Macht-, also die Mehrheitsfrage.

Deshalb müsse, so sagen viele, alles darauf ausgerichtet sein, an die Macht zu kommen. Denn wenn man in der Regierung sitzt, könne man gestalten. Wenn man an der Regierung ist, kann man aber auch einiges falsch machen. Kaum einer kann einen mehr daran hindern. Aus der Opposition heraus lässt sich nur das umsetzen, von dem eine Mehrheit überzeugt wurde. Und dies ist selten unvernünftig.

Abgesehen davon, dass an der Macht zu sein noch lange nicht heißt, auch Macht zu haben: Wenn es um einen grundlegenden Wandel, um eine grundlegende Reform der Gesellschaft geht, braucht eine Partei im Parlament die Unterstützung von außen, aus der Gesellschaft heraus.

### *Die Medien*

Das politische System hat seine eigenen Regeln. Das Mediensystem hat seine Regeln. Und die Medien bestimmen immer mehr die Funktionsweise der Politik. Nur ein Beispiel: Es ist kaum möglich, ein medial gegebenes Versprechen nicht zu halten.

Zudem sind die Medien in ihrer Berichterstattung nicht frei. Denn die Freiheit, keine Ware zu sein, haben sie nicht. Sie sollen Renditen erwirtschaften. Telekommunikationsunternehmen, branchenfremde Konzerne wie z. B. Rüstungskonzerne und Investmentfonds kaufen sich ein.

Medien, so hieß es einmal, haben eine »dienende Funktion«. Sie haben der Demokratie zu dienen. Sie sollen die öffentliche Meinungs- und Willensbildung befördern. Doch dies ist immer weniger der Fall. Einige Chefredakteure wollen Politik machen, wollen das Land verändern, wollen ihre politischen Interessen durchsetzen. So Kai Diekmann, der offen davon spricht, dass BILD politische Kampagnen fährt, schon aus diesem Grunde darf Springer nicht Pro7 und Sat.1 bekommen.

Und – die Medien sind oberflächlich, nur selten aufklärerisch. Dies trifft insbesondere auf das Fernsehen zu. Einschalten um abzuschalten lautet die Devise.

Aufklärung verlangt Recherche, Recherche kostet Geld. Wenn Geld knapp ist oder hohe Renditen zu erwirtschaften sind, leidet die Recherche, leidet der Journalismus.

Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk bietet immer weniger und macht sich immer mehr gemein. Sabine Christiansen und Friede Springer, gemeinsam, nebeneinander, auf der Tribüne des Bundestages zur Wahl von Angela Merkel, die BILD-Zeitung lesend, das hätte sich 10 Jahre früher kein Journalist erlauben können. Denn die erste Aufgabe eines Journalisten ist es, sich mit keiner Sache gemein zu machen. Die Politmagazine wurden zeitlich gekürzt. Sie bringen immer öfter »Verbrauchertipps«. Die narrativen Beiträge in den Nachrichten sendungen nehmen zu. Letztlich geht es um Quote und Marktanteile, nicht um gesellschaftliche Relevanz und Reichweite. Es hat ja seinen Grund, warum die Polit-Talk-Show Christiansen bei der ARD in der Unterhaltung angesiedelt ist. Konflikte werden inszeniert, arrangiert. Es geht um Unterhaltung, also Streit, nicht um Aufklärung. Es hat ja seinen Grund, warum nicht Frank Plasberg mit seinem »Hart aber fair«, sondern Günter Jauch der Nachfolger werden sollte.

#### *Lobbyismus oder Interessenausgleich*

Die Lobbyisten, die Unternehmen, bestimmen immer mehr die Politik. Weil sie die Politiker wie auch Medien im Griff haben, zumindest zum Teil. Wie sonst ist es zu erklären, dass in den Regierungen von Unternehmen bezahlte Vertreter arbeiten? Wie sonst ist es zu erklären, dass Politiker mal schnell die Seite hinein in Unternehmen wechseln? Wie sonst ist es zu erklären, dass Zuarbeiten aus Konzernetagen und von Lobbyorganisationen ohne Veränderungen in Gesetzestexte übernommen werden? Wie sonst ist es zu erklären, dass vier von sechs Talk-Show-Gästen bei Sabine Christiansen zwar unterschiedlichen Parteien angehören, aber alle Botschafter der Initiative für neue soziale Marktwirtschaft sind? Wie kann es sein, dass die Lobby-Organisationen es schaffen, von ihr in Auftrag gegebene Berichte über Agenturen bei der ARD platzieren?

#### *Politik, Medien und Lobbyismus in der Gesellschaft*

Politik geschieht nicht im luftleeren Raum. Politiker agieren nicht frei für sich schwebend. Wie viele andere Menschen auch suchen sie festen Boden unter den Füßen wie auch ein gewisses Maß an Sicherheit.

Durch welche Schlagworte sind die letzten 15 Jahre mit gekennzeichnet: Privatisierung, Neoliberalismus, Globalisierung, Postkolonialismus, Abbau des Sozialstaates etc. Die kapitalistische Produktionsweise wird als für die menschliche Gesellschaft gegeben vorausgesetzt. Politiker, Journalisten und Lobbyisten sind von der Frage betroffen, wie eine Gesellschaft, die auf Privateigentum an Produktionsmitteln beruht, den Widerspruch bewältigen soll, dass immer weniger Arbeitskräfte immer mehr produzieren. Damit ist fraglich, ob sie einen neuen Platz in der Gesellschaft finden, wenn sie den alten in Frage stellen und unter Umständen aufgeben müssen. Es gibt ein Streben nach Effizienz in jedem Bereich der Gesellschaft als Ganzes. Immer mehr wird auf den Prüfstand kurzzeitiger Effektivität gestellt.

Die Folgen: Verödung, Verhärtung, Verflachung, Verarmung. Das Problem: das Verschwinden des Wesens, eines Wesens mit menschlichem Antlitz. Kritik daran gefährdet die eigene Position, ja, fast die eigene Existenz.

Massenhafte Reaktion: Anpassung.

Die Maßstäbe, die die Politiker für die Gesellschaft einfordern, fallen auf sie zurück. Effektivität wird auch von der Politik verlangt, von den Politikern eingefordert. Doch Demokratie ist manchmal mühsam, dauert. Dies ist manchmal schwer zu vermitteln.

### *Selbstdarstellung und Vermittlung – Politische Kommunikation*

Die Medienarbeit der Politiker erschöpft sich zumeist im Herkömmlichen: Presseerklärungen, Interviews, Hintergrundgespräche. Die erweiterten Möglichkeiten der neuen Medien werden kaum genutzt, neue Formate politischer Vermittlung werden nicht entwickelt. Und dies, obwohl vor allem junge Leute sich über die neuen Medien, über das Internet, über Pod- und Vodcast informieren. Man findet eine Zeitung im Internet. Man bietet ein Abbild, doch man befördert keine Kommunikation, stößt nur selten diskursive Prozesse an. Kurzweilige Formate wie ehrensenf ([www.ehrensenf.de](http://www.ehrensenf.de)), Filme a la South Park, aufklärerische Spots sind selten zu finden. Und dies, obwohl es in den letzten Jahren genügend gute Beispiele gab. Auch die mediale Begleitung eigener Kampagnen über die neuen Medien findet nur selten medienadäquat statt. Die Chancen der neuen Medien, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu gewinnen, werden meist verschenkt, weil man sie zumeist nicht weiter mit Inhalten bedient.

Das aufklärerische sowie subversive Potenzial, dass in allen Medien jeweils steckt, wird nur selten genutzt. Festzustellen ist: Kampagnen werden nur selten als Prozess gesehen und betrieben, bei der eine Stufe der anderen folgt. Aufklärung ist nur selten das Ziel. Zumeist geht es um Verkündung der eigenen Wahrheiten. Doch sprechen nicht Fakten meist eine deutlichere Sprache als all die produzierten Zitate?

Ja, die Wahlentscheidung hängt anscheinend immer mehr von Stimmungen ab. Als, zumal kleine, Partei kann man Stimmungen kaum beeinflussen. Zumal auch große Parteien diesen Stimmungen unterworfen sind. Auch ist es wohl unmöglich, Stimmungen über einen längeren Zeitraum vorherzusagen und eine Wahlstrategie darauf aufzubauen. Es ist die Frage zu beantworten, ob eine Partei mit Ansprüchen nicht auf etwas anderes setzen muss als auf Stimmungen? Wer allein über Stimmungen eine maximale Stimmenzahl erreichen will, läuft Gefahr, sich zu allem und jedem und zudem negativ und abfällig zu äußern. Man versucht um jeden Preis, sich im Detail von anderen Parteien zu unterscheiden. Man versucht permanent, kleine Unterschiede zu kommunizieren. Dies praktizieren derzeit alle Parteien.

Zu fragen ist, ob es nicht eine andere erfolgreiche Strategie geben könnte? Wäre es nicht wichtig, die konkreten politischen Ziele für einen Zeitabschnitt zu bestimmen, zu überlegen, wie diese in konkreten, alternativen Projekten umgesetzt werden können, diese zu kommunizieren und vorhandene Stimmungen dabei zu nutzen. Dies hieße, eine politische Praxis mit ihren Problemen, Fortschritten und Rückschlägen zu kommunizieren.

Politische Kommunikation ist Mittel zum Zweck. Wenn der Zweck ist, die Gesellschaft zu verändern, muss die politische Kommunikation darauf ausgerichtet werden. Dabei sind gesellschaftliche Mehrheiten nicht immer auch gleich Wählermehrheiten. Eine Partei kann einen Mehrwert über die Stimmabgabe hinaus haben. Vor einer Wahl könnte es heißen: Macht uns stärker, dann können wir noch mehr verändern. In der Opposition oder in der Regierung.

### *Neue Ansätze, neue Regeln*

Es gibt ein unterschiedliches Selbstverständnis darüber, was Politikerinnen und Politiker sein sollen. Die einen sehen sich als Lobbyisten einzelner Gruppen. Sie nehmen Partei. Doch wieso müssen sich Politikerinnen und Politiker mit der Sache einzelner Gruppierungen gemein machen? Wohl, um ihren Wähleranteil zu steigern. Was wird, wenn man dann doch gewählt wird und diese Interessen nicht umsetzen kann? Befördert man dann nicht Politikerverdrossenheit? Geht es nicht vielmehr darum, für einen Interessenausgleich in der Gesellschaft zu sorgen? Geht es nicht um einen öffentlich gestalteten sowie in Kriterien und Werten nachvollziehbaren Interessenausgleich? Geht es nicht darum deutlich zu machen, wer aus welchen Interessen heraus welche Ziele verfolgt, wie man aus welcher politischen Abwägung und aufgrund welcher politischen Werte zu seinem eigenen Vorschlag, zu seiner eigenen Entscheidung kommt. Indem wir öffentlich die Interessen deutlich machen, sind wir Aufklärer. Indem wir die Grundlagen unserer Entscheidung offen darlegen und diese Entscheidung auf wiederkehrenden Prinzipien beruht, sind wir klar erkennbar. So sind wir politisch hinterfragbar und bleiben politisch berechenbar.

Kurz: Für uns sollte es kein Interesse Einzelner oder einzelner Gruppen geben, das wir über das der gesamten Gesellschaft stellen. Dieser Ansatz kann auf Dauer von Gewinn sein.

Um dies deutlich zu machen: Wir stehen nicht täglich vor einer politischen Wegscheide. Es geht doch nicht tagtäglich um eine Richtungsentscheidung, um rechts oder links. Wenn jährlich 5 000 sächsische Schülerinnen und Schüler diese Schule ohne Abschluss verlassen, dann sind dies in 10 Jahren 50 000 Jugendliche. Die kosten in Zukunft die Steuerzahler eine Milliarde Euro – egal aus welcher Kasse. Wenn sich in 10 Jahren die Zahl der Jugendlichen im Knast verdoppelt hat, während sich die Zahl der Streetworker halbiert, dann gibt es da einen Zusammenhang.

Da sind Lösungen, nicht nur Erklärungen und Schuldzuweisungen gefragt.

Sicher, die Politik unterliegt eigenen Regeln. Aber auch in der Politik hat man Spielräume. Nicht alles, was möglich ist, muss man auch machen. Die deutsche Presse hat sich Regeln gegeben und den Deutschen Presserat geschaffen, um sich zu kontrollieren. Sicher, manches Mal würde man ihn sich konsequenter wünschen. Doch allein schon die öffentliche Debatte über Verstöße gegen den Presskodex macht immer wieder deutlich, dass es nicht einzige Aufgabe der Medien sein sollte, Profite zu erwirtschaften.

Und die Aufgabe von Politikern ist es nicht nur, maximale Wahlergebnisse zu erreichen. Du sollst nicht falsch Zeugnis ablegen. Was

sprache dagegen, eine solche Regel in einen Politiker-Kodex aufzunehmen. Du sollst den Menschen nicht erklären, warum etwas nicht geht, sondern darstellen, was sie tun können, damit sich etwa ändert. So eine weitere Regel für den Kodex. Du sollst gegebene Versprechen halten.

Sicher, die grundsätzlichen Probleme wären damit nicht gelöst. Die Medien blieben, wie sie sind. Die Lobbyisten säßen weiter in Fraktionen, Parteien, Ministerien. Die gesellschaftlichen Probleme, wie Armut und Ausschluss großer Bevölkerungsgruppen von der gesellschaftlichen Teilhabe, harrten ihrer Lösung. Doch ein Anfang wäre gemacht. Und den Anfang müssen die Politiker machen. Denn sie sind der Gesetzgeber. Sie gestalten den gesellschaftlichen Rahmen. Sie müssen den ersten Schritt machen.

Die Politiker hätten die Wahl, den Kodex zu unterschreiben und sich dann bei Verstößen auch öffentlich rügen zu lassen. Wäre dies nicht ein Anfang?

*»War mehr drin? Sicher! Doch dazu wäre noch mehr Engagement nötig gewesen, vor allem im Frühjahr 1992, als erneut alles auf der Kippe stand, doch viele Leute resignierten, und jede Aktion erforderte höheren Kraftaufwand. Zu fragen ist aber auch, warum wir so wenig aktive Unterstützung von der Prominenz aus Kunst, Kultur und Politik erhielten. Wo waren sie, die sonst wehklagen über den Zerfall der Demokratie, die Resignation der Jugendlichen und ihre zunehmende Gewaltbereitschaft. Mehr als eine Unterschrift wäre sicherlich möglich gewesen. So stehen viele Wenn und Hätte im Raum, insbesondere auch die Rolle von Rockradio B betreffend, zu dessen Machern die Freundeskreise nach wie vor ein gespaltenes Verhältnis haben und die unserer Auffassung nach, auch wenn es menschlich zu verstehen war, falsche Entscheidungen trafen und treffen. Was wir Anfang 1992 schon voraussagten, ist schließlich eingetreten. Rockradio B wird durch Fritz abgelöst, und ob damit die Tradition von DT64 fortgeführt werden kann (wie man uns ja mehrmals versprach), ist wohl sehr unwahrscheinlich. War der Kampf um DT64 ein Lehrstück für die Möglichkeiten in der neuen Demokratie, wie Politiker später eifertig behaupteten? Vorzeigebispiel einer politikinteressierten und engagierten ›neuen‹ Jugend, die sich für ihre Interessen einsetzt, ohne Molotowcocktails zu basteln und bürgernahe Bundeskanzler mit Hühnerprodukten zu bewerfen? O nein, keinesfalls! Eher ein weiterer Schritt zu Resignation und Politikverdrossenheit unter einem Großteil der Jugendlichen. Denn sie mußten live miterleben, wie sich Leute ohne jedes Wissen über die wirklichen Zusammenhänge nur kraft ihres Amtes und getreu der Linie der Partei über berechnete und anerkannte Forderungen hinwegsetzten, mußten lernen, wieder zwischen den Zeilen zu lesen und zwischen Wort und Tat zu unterscheiden. Und so wollen viele von denen, die anfangs voller Enthusiasmus dabei waren, heute von politischem Engagement nichts mehr wissen und werden wohl auch kaum noch mal zu irgendeiner Wahl gehen.«<sup>2</sup>*